

# Geschäfte des EFD 2013

## 1. Quartal

### Bundesfinanzen

- **Rechnungsergebnis 2012:** Der Bundesrat hat das Rechnungsergebnis 2012 zur Kenntnis genommen und auf dieser Basis den finanzpolitischen Rahmen für die nächste Budgetierungs- und Planungsrunde festgelegt. Der Bund schliesst im Jahr 2012 mit einem Überschuss von 1,3 Milliarden ab. Budgetiert war ein ausgeglichener Haushalt. Die Verbesserung wurde trotz Mindereinnahmen vor allem dank tiefen Zinsausgaben möglich. Mit den Budgetweisungen hat der Bundesrat seine Vorentscheide für das Budget 2014 und den Finanzplan 2015-2017 getroffen. Gemäss einer ersten Aktualisierung der Planzahlen wird in den nächsten drei Jahren mit strukturellen Überschüssen gerechnet. (13.2.)
- **Öffentliche Finanzen 2011-2014:** Die öffentlichen Finanzen haben sich im Jahr 2011 leicht erholt. Trotz konjunktureller Abschwächung dürfte der Finanzierungssaldo 2012 für den Gesamtstaat leicht positiv ausfallen. 2013 werden Bund, öffentliche Sozialversicherungen, Kantone und Gemeinden voraussichtlich ausgeglichene Rechnungen ausweisen. Ab 2014 dürfte sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte verbessern. Ausserdem wird sich in den kommenden Jahren der in allen Sektoren beobachtbare Entschuldungstrend fortsetzen. Dies zeigen die neuen Zahlen der Finanzstatistik. (28.2.)

### Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

#### In der Frühlingssession verabschiedete Vorlagen

- **Aus- und Weiterbildung:** Wer sich aus- und weiterbildet, soll die Kosten dafür in unbegrenzter Höhe von den Steuern abziehen können. Dafür sprach sich der Nationalrat aus und lehnte damit die vom Ständerat beschlossene Obergrenze von 12'000 Franken ab. Die bürgerliche Mehrheit hiess den unbegrenzten Abzug mit 103 zu 83 Stimmen gut. Der unbeschränkte Abzug bedeutet Steuerausfälle von 15 Millionen Franken auf Bundesebene und von 70 Millionen Franken für die Kantone und Gemeinden. Wegen des anhaltenden Mangels an gut qualifizierten Personen sei es wichtig, die Weiterbildung zu fördern, hielten die Befürworter fest. Die Gegner - vorab die SP - kritisierten, dass die Förderung über Steuerabzüge jenen nütze, die sich sowieso weiterbilden würden, nicht aber den einkommensschwachen Schichten, die es am meisten nötig hätten. (5.3.)
- **Immobilienmarkt:** Bei Grundstückverkäufen muss der bezahlte Preis weiterhin nicht veröffentlicht werden. Der Nationalrat lehnte die Forderung der SP nach einer Publikationsvorschrift mit 130 zu 57 Stimmen deutlich ab. Die SP-Fraktion erhoffte sich mit ihrer parlamentarischen Initiative, dass die Massnahme sich dämpfend auf die Preise und damit zu Gunsten der Käufer auswirkt. Spekulation und Geldwäscherei könnten ebenso bekämpft werden. Die bürgerliche Mehrheit sah in der zwingenden Publikation der Handänderungen und des Preises einen Eingriff in die Privatsphäre, für den es kein öffentliches Interesse gebe. Sie zweifelte auch an der Wirkung. (5.3.)
- **Zoll:** Der Nationalrat will gewürztes Fleisch dem gleichen Zolltarif unterstellen wie Frischfleisch. Er leistete einer parlamentarischen Initiative aus der SVP-Fraktion mit 97 zu 89 Stimmen Folge. Aus Sicht der Befürworter setzen die gestiegenen Trockenfleisch-Importe einheimische Produzenten unter Druck. Die Gegner gaben zu bedenken, dass die Schweiz mit einem tieferen Tarif für gewürztes Fleisch eine WTO-Regelung unterlaufe. Das Geschäft geht nun in den Ständerat. Das Gewürzfleisch-Problem beschäftigt die Schweizer Politik schon längere Zeit. Als Auslöser des berühmten Bündnerfleisch-Lachanfalls von alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz im Nationalrat ging der Streit 2010 via Youtube um die Welt. (5.3.)
- **Grenzwache:** Der Nationalrat macht Druck, um das Grenzwachtkorps weiter aufzustocken. Er gab mit 98 zu 89 Stimmen einer parlamentarischen Initiative Folge, die eine Gesetzesgrundlage verlangt, damit das Korps genügend Personal rekrutieren kann. Die grenzüberschreitende Kriminalität in Genf greife auch auf die Waadt, Freiburg und Bern über, sagte Initiant Yves Nidegger (SVP/GE). Eine knappe Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) unterstützte das Anliegen. Minderheitssprecherin Corina Eichenberger (FDP/AG) erinnerte daran, dass seit der Einreichung der Initiative 2010 das Grenzwachtkorps 35 zusätzliche Stellen erhalten habe. Über das Budget lasse sich der Personalbestand des Grenzwachtkorps rascher aufstocken als mit der verlangten Gesetzesänderung. (5.3.)
- **Steuern I:** Der Nationalrat hat sieben Doppelbesteuerungsabkommen nach dem aktuellen OECD-Standard mit der Möglichkeit für Gruppenanfragen gutgeheissen. Die Abkommen mit Irland, Portugal, Bulgarien, Slowenien, Tschechien, Turkmenistan und Peru wurden mit deutlichen Mehrheiten angenommen. Als nächstes beschäftigt sich der Ständerat mit den Verträgen. Laut Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf verfügt die Schweiz nun über 30 OECD-konforme Abkommen, die in Kraft sind. Weitere 10 sind unterzeichnet. Ob dies reiche, um das nächste Examen der OECD zu bestehen, werde sich zeigen, sagte sie. (5.3.)

- **Steuern II:** Der Bundesrat muss zu Handen des Nationalrats verschiedene Fragen zu Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) und Steuerinformationsaustauschabkommen (TIEA) mit Entwicklungsländern klären. Die grosse Kammer nahm ein entsprechendes Postulat mit 102 zu 65 Stimmen an. Wissen will der Nationalrat beispielsweise, wie es sich für den Partnerstaat sowie für Schweizer Investitionen auswirkt, wenn Quellensteuersätze gesenkt werden. Geklärt werden soll auch, wie der Bundesrat entscheidet, ob mit einem Land über ein DBA oder über ein TIEA verhandelt wird. (5.3.)
- **Schuldenkrise:** Die Nationalbank kann dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bei Bedarf ein Darlehen gewähren, und der Bund übernimmt dafür die Garantie. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat den Rahmenkredit gutgeheissen. Allerdings haben beide Kammern den Betrag gekürzt - von 15 Milliarden Franken, die der Bundesrat beantragt hatte, auf 10 Milliarden. Der Entscheid für die Kürzung fiel im Ständerat mit 23 zu 16 Stimmen. In der Gesamtabstimmung genehmigte der Rat den Kredit mit 36 zu 4 Stimmen. Die IWF-Mitgliedstaaten hatten vor knapp einem Jahr im Kampf gegen die Schuldenkrise in der Eurozone zusätzliche IWF-Mittel beschlossen. Der Krisenfonds soll um gegen 460 Milliarden US-Dollar aufgestockt werden. Rund 40 Staaten wollen Mittel einschiessen. (11.3.)
- **Mineralölsteuer:** Der für Pistenfahrzeuge verwendete Treibstoff soll teilweise von der Steuerpflicht befreit werden. Der Ständerat hat eine entsprechende Motion von Isidor Baumann (CVP/UR) angenommen. Baumann argumentierte, dass ein Teil der Mineralölsteuer sowie der Treibstoff-Zollzuschlag für die Kosten des Strassenverkehrs erhoben würden. Pistenfahrzeuge aber verkehrten nicht auf Strassen, sondern ausschliesslich in Ski- und Langlaufgebieten. Damit hätten sie keinen direkten Nutzen von der Mineralölsteuer. Aus dem gleichen Grund profitieren land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge von Steuererleichterungen. Verschieden Ratsmitglieder hatten vergeblich vor einem Präjudiz gewarnt. (11.3.)
- **Potentatengelder:** Unter den Milliarden, die ausländische Potentaten auf Schweizer Bankkonten deponieren konnten, hat der Ruf der Schweiz gelitten. Trotzdem will es der Ständerat Schweizer Banken nicht generell verbieten, Geld von ausländischen Staatschefs, Regierungsmitgliedern und deren Familien anzunehmen. Er hat eine Motion von Thomas Minder (parteilos/SH) mit 30 zu 4 Stimmen abgelehnt. Minder hatte argumentiert, dass seriöse Staatschefs ihr Geld immer im eigenen Land anlegen würden. Ganze Kundengruppen auszuschliessen würde dem Finanzplatz schaden, warnte aber Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Sie erinnerte daran, dass die Vorschriften bereits verschärft worden seien. Derzeit liefen Bemühungen, auch Funktionäre internationaler Organisationen zu erfassen. (11.3.)
- **Finanzplatz:** Der Ständerat will eine ausserordentliche Task-Force "Zukunft Finanzplatz" einsetzen. Gegen den Willen von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf hat er eine Motion von Pirmin Bischof (CVP/SO) mit 26 zu 15 Stimmen angenommen. Die Task-Force soll aus allen wesentlichen Akteuren bestehen und eine rollende Zukunftsstrategie für den Finanzplatz erarbeiten. Vergeblich wies Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf auf die bereits bestehende Arbeitsgruppe unter Wirtschaftsprofessor Aymo Brunetti hin. Motionär Bischof kritisierte, in der Arbeitsgruppe fehlten die Branchenvertreter. Nun muss sich der Nationalrat mit der Task-Force befassen. (11.3.)
- **Finanzmarkt:** Der Bundesrat soll prüfen, ob die Finanzmarktaufsicht FINMA durch ein unabhängiges externes Expertengremium beurteilt werden soll. Der Ständerat hat ein Postulat von Konrad Graber (CVP/LU) mit grosser Mehrheit angenommen. Es gehe nicht darum, die FINMA zu schwächen, sondern darum, eine Balance zwischen der Aufsicht und der Wettbewerbsfähigkeit der Finanzbranche zu finden, sagte Graber. Einige Fragen hätten schon in früheren Berichten geklärt werden können, viele andere seien aber noch offen. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf mahnte an, die gestärkte Aufsicht nun nicht wieder zu schwächen. (11.3.)
- **Steuerwettbewerb:** Bevor der Bundesrat mit einem Land Verhandlungen aufnimmt, soll er einen Bericht erstellen über Steuerschlupflöcher und staatliche Hilfen für juristische Personen. Das verlangte Ständerat Jean-René Fournier (CVP/VS) mit einem Postulat. Zudem soll der Bundesrat das Parlament über seine Verhandlungsstrategie informieren. Fournier erhofft sich davon eine Stärkung der Position der Schweizer Verhandlungsführer. "Die Schweiz muss zeigen können, dass ihre Steuerpolitik wettbewerbsfähig ist, aber nicht unlauter", sagte er. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf warnte davor, den Handlungsspielraum durch die Verknüpfung verschiedener Dossiers einzuengen. Der Ständerat nahm das Postulat trotzdem mit grosser Mehrheit an. (11.3.)
- **Hildebrand:** Zur Affäre Hildebrand wird es keine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) geben. Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative abgelehnt, mit welcher die SVP eine PUK verlangte. Die Partei hatte den Vorstoss vor rund einem Jahr eingereicht. Eine PUK hält sie immer noch für nötig: Der Bericht der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK), der gleichentags veröffentlicht wurde, reicht ihr nicht. Der Bericht gebe keine Antwort auf die wichtigen Fragen in der Hildebrand-Affäre, monierten die SVP-Vertreter. Der Nationalrat folgte jedoch seinem Büro und sprach sich mit 129 zu 52 Stimmen bei 2 Enthaltungen gegen eine PUK aus. Jakob Büchler (CVP/SG) hatte im Namen des Ratsbüros darauf hingewiesen, dass die Einsetzung einer PUK nur für Vorkommnisse von grosser Tragweite vorgesehen sei. Er verteidigte ausserdem den GPK-Bericht. Die Nationalbank unterstehe nur beschränkt der parlamentarischen Oberaufsicht. (18.3.)
- **IWF-Kredite:** Der Nationalrat lehnt es ab, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit sämtliche Kredite an den Internationalen Währungsfonds (IWF) automatisch dem Referendum unterstellt sind. Er hat einer parlamentarischen Initiative von Alfred Heer (SVP/ZH) keine Folge gegeben. Heer hatte sein Anliegen damit begründet, dass der IWF mehr und mehr als Rettungsanker für marode Euro-Staaten verwendet werde. Es sei offensichtlich, dass die Gelder, welche in den IWF einbezahlt würden, nicht mehr sicher seien, argumentierte Heer. Die Kredite müssten dem Referendum unterstellt werden, damit das Volk die Möglichkeit habe, sie zu stoppen oder zu bewilligen. Die Mehrheit stellte sich dagegen. Die Schweiz

kenne kein Finanzreferendum, argumentierten die Gegner, und es wäre nicht sinnvoll, ein solches für IWF-Kredite einzuführen. (18.3.)

- **Stempelsteuer:** Wird Eigenkapital in ein Unternehmen eingeschossen, soll der Bund darauf keine Stempelsteuer mehr verlangen. Der Nationalrat sprach sich mit 120 zu 54 Stimmen bei 5 Enthaltungen für die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital aus. Der Steuerausfall beim Bund beträgt rund 240 Millionen Franken. Der Bundesrat zeigte sich zwar einverstanden mit der Abschaffung der Emissionsabgabe, wollte sie aber erst mit der Unternehmenssteuerreform III angehen. Der Nationalrat lehnte die Sistierung aber mit 97 zu 80 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Für die Abschaffung setzte sich die Ratsrechte ein. Die Ratslinke warnte vor den Steuerausfällen. Das Geschäft geht an den Ständerat. (19.3.)
- **Unternehmenssteuerreform:** Der Nationalrat will nicht, dass die Steuerausfälle nach der Unternehmenssteuerreform II ganz oder teilweise kompensiert werden. Er hat eine Motion aus dem Ständerat mit 106 zu 71 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Im Nationalrat scheiterten schon mehrere Vorstösse zum Thema, weil die bürgerliche Mehrheit die Reform nicht rückgängig machen will. Die neue Motion sah deshalb explizit vor, am neuen Grundsatz festzuhalten, wonach Kapitaleinlagen steuerfrei zurückbezahlt werden können. Der Bundesrat sollte den Räten aber einen Vorschlag unterbreiten zur Kompensation der hohen Steuerausfälle vorlegen. Der Nationalrat wollte indes nichts davon wissen. Auch die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) lehnte er ab. (19.3.)
- **Alkoholgesetz:** Der Ständerat hat ein Verbot von Alkoholverkäufen im Detailhandel zwischen 22 und 6 Uhr befürwortet. Im Kampf gegen Exzesse soll der Bundesrat Mindestpreise für Alkohol erlassen. Das neue Alkoholgesetz geht nun an den Nationalrat. Das nächtliche Verkaufsverbot für Alkohol trifft neben dem Detailhandel auch Pizzakuriere und das Gastgewerbe. Auf das vom Bundesrat vorgeschlagene Verbot von "Happy Hours" und anderen Sonderangeboten für Spirituosen sowie die zeitliche Einschränkung solcher Angebote bei Wein und Bier verzichtete der Rat indessen. Jugendlichem Komasaufen vorbeugen will der Rat insbesondere mit einem Mindestpreis für Alkohol. Die Alterslimiten für die Abgabe belies der Ständerat bei 18 Jahren für Spirituosen und 16 Jahren für Wein und Bier. Um sie auch durchzusetzen, stimmte er einer Gesetzesgrundlage für Testkäufe durch Jugendliche zu. In den anderen Punkten des neuen Alkoholhandelsgesetzes folgte der Erstrat dem Bundesrat. Im Alkoholsteuergesetz änderte die kleine Kammer das Steuersystem: Statt der tatsächlich produzierten Menge reinen Alkohols soll die Ausbeutesteuer für die geschätzte Menge des Herstellungsprozesses als Bemessungsgrundlage gelten. (20.3.)
- **Versicherungen:** Das über 100-jährige Versicherungsvertragsgesetz wird vorerst nicht revidiert. Auch dem Ständerat gehen die vorgeschlagenen Bestimmungen für einen besseren Schutz der Versicherten zu weit. Er wies das Gesetz als Zweitrat mit 25 zu 14 Stimmen bei 4 Enthaltungen an den Bundesrat zurück. Die Rückweisung ist mit dem Auftrag verbunden, lediglich einen Teil der Reform weiter zu verfolgen. Aus Sicht der Gegner hat der Bundesrat die Revision überladen, zu stark auf den Konsumentenschutz ausgerichtet und wird den Versicherungsgesellschaften damit hohe Kosten verursachen. Ein Dorn im Auge ist ihnen etwa das 14-tägige Widerrufsrecht, das der Bundesrat den Versicherten einräumen will. Die linke Ratsminderheit und Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf setzten sich dafür ein, die aus ihrer Sicht längst überfällige Revision nicht auf die lange Bank zu schieben. (20.3.)
- **Banken:** Für die Eigenmittelanforderungen nicht-systemrelevanter Banken wie den Kantonalbanken und der Raiffeisenbank will der Ständerat keine Obergrenze festlegen. Der Nationalrat verlangte, dass die Mindestanforderung nicht mehr als 13 Prozent betragen darf. Zum Vergleich: UBS und CS müssen voraussichtlich 14 bis 19 Prozent Eigenmittel halten. Der Ständerat zeigte sich zwar wie der Nationalrat einverstanden damit, dass die Anforderungen für nicht-systemrelevante Banken geringer sein sollen als für die Grossbanken. Allerdings lehnt er eine fixe Grenze von 13 Prozent ab und strich den entsprechenden Satz ohne Gegenstimme aus der Motion. Der Vorstoss geht zurück an den Nationalrat. (20.3.)
- **Geldwäscherei:** Die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) soll künftig Finanzinformationen an ausländische Partnerbehörden weitergeben dürfen. Der Nationalrat hat als Zweitrat einer Änderung des Geldwäschereigesetzes zugestimmt. Mit einer kleinen Differenz geht die Vorlage zurück an den Ständerat. Wegen des Bankgeheimnisses befolgte die Schweiz bisher den internationalen Standard nicht: Die Schweizer Meldestelle erteilte keine Auskünfte über Bankkontonummern, Geldtransaktionen oder Kontosaldi. Neu soll sie dies tun dürfen. Die Schweiz erfüllt damit eine Empfehlung der internationalen Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäscherei (GAFI). Ohne Einlenken hätte ihr der Ausschluss aus der Egmont-Gruppe gedroht, einem Verbund von über 130 Geldwäscherei-Meldestellen. (21.3.)
- **Bankgeheimnis:** Der Nationalrat will kein Gesetz zum Schutz der Privatsphäre von ausländischen Bankkunden. Er hat eine parlamentarische Initiative von Yves Nidegger (SVP/GE) mit 120 zu 42 Stimmen abgelehnt. Nidegger forderte unter anderem eine pauschale Abgeltungssteuer. Die Mehrheit folgte aber der vorberatenden Kommission, die den Vorschlag als "unausgegoren" bezeichnet hatte. Nidegger schrieb in seinem Vorstoss, das Bankgeheimnis gehöre zwar der Vergangenheit an, doch bleibe das Bedürfnis, die Privatsphäre zu schützen. (21.3.)
- **Steuerstreit:** Der Bund soll einen finanziellen Beitrag zur Beilegung des Steuerstreits mit den USA leisten. Das verlangte Christoph Mörgerli (SVP/ZH) mit einer parlamentarischen Initiative, welcher der Nationalrat aber keine Folge gab. Mörgerli hatte sich auf den Standpunkt gestellt, dass es sich bei den Einnahmen aus der Verrechnungssteuer um eine staatliche Schwarzgeldstrategie handle. Die Bankkunden hätten mit den nicht eingeforderten Summen ihre Erträge im Grunde genommen versteuert. Als Profiteur solle der Bund daher einen grossen Teil der mit den USA ausgehandelten Summe zur Beilegung des Steuerstreits berappen. (21.3.)

- **Bankengesetz:** Parlamentarisch unter Dach kam mit 112:75 Stimmen bei 1 Enthaltung und 35:1 Stimmen bei 6 Enthaltungen eine Änderung des Bankengesetzes, die regelt, wie lange Eigentümer nachrichtenloser Vermögen ihre Ansprüche geltend machen können. (22.3.)
- **Direkte Steuern:** Ebenfalls parlamentarisch unter Dach kam mit 188:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über die formelle Bereinigung der zeitlichen Bemessung der direkten Steuern bei den natürlichen Personen, mit welcher die Bestimmungen zur Vergangenheitsteuerung aus den Steuergesetzen entfernt werden. (22.3.)

## Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **Mehrwertsteuerreform:** Mit einer Zusatzbotschaft erfüllt der Bundesrat den Auftrag des Nationalrats, eine Mehrwertsteuerreform mit zwei Steuersätzen anstatt der heutigen drei auszuarbeiten. Neu sollen das Gastgewerbe und die Beherbergung dem reduzierten Steuersatz unterstellt werden. Zudem werden einige Steuerausnahmen abgeschafft. Die Vereinfachung der Mehrwertsteuer durch einen einheitlichen Steuersatz und die Abschaffung der meisten Steuerausnahmen hatte der Nationalrat am 21. Dezember 2011 abgelehnt. (30.1.)
- **Nachtrag I zum Voranschlag 2013:** Der Bundesrat hat die Botschaft zum Nachtrag I zum Voranschlag 2013 verabschiedet. Damit unterbreitet er dem Parlament 13 Nachtragskredite von insgesamt 341 Millionen Franken. Nach Berücksichtigung der Kompensationen führen die Nachtragskredite im laufenden Jahr zu einer Erhöhung der mit dem Voranschlag bewilligten Gesamtausgaben um 0,4 Prozent. (27.3.)

## Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **Geldwäscherei/Sorgfaltspflichten:** Der Bundesrat hat zwei Vernehmlassungsvorlagen verabschiedet. Einerseits sollen die revidierten internationalen Empfehlungen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung umgesetzt werden. Andererseits soll mit erweiterten Sorgfaltspflichten verhindert werden, dass Finanzintermediäre in der Schweiz unversteuerte Gelder entgegennehmen. Mit diesen Vorlagen unterstreicht der Bundesrat die Bedeutung, die er der Wahrung der Integrität des Finanzplatzes beimisst. Beide Vernehmlassungen dauern bis zum 15. Juni 2013. (27.2.)

## Internationales

- **Dokumentenprüfer:** Erstmals sind Schweizer "Airline Liaison Officers" (ALO) an drei ausgewählten Flughäfen in Drittstaaten für die Schweiz im Einsatz. ALO sind Dokumentenspezialisten, die Luftverkehrsunternehmen bei der Dokumentenkontrolle in Drittstaaten beraten und schulen. (15.1.)
- **WEF:** Ein Treffen mit der Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, bildete den Abschluss der Gespräche von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf am Jahresmeeting 2013 des World Economic Forum (WEF). Zuvor hatte sich die Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartementes (EFD) mit weiteren hochrangigen Politikern und Finanzministern ausgetauscht. (26.1.)
- **FSB:** Das Financial Stability Board (FSB), ein zentrales Gremium für Fragen zur internationalen Finanzmarktregulierung und –aufsicht, hat sich im Rahmen seiner Plenarversammlung als Verein mit Sitz in Basel statuiert. Damit bekräftigt das FSB seine Verankerung in der Schweiz. (29.1.)
- **Vorauszahlung an Grossbritannien:** Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) hat 500 Millionen Franken an Grossbritannien überwiesen. Damit kommt die Schweiz einer Verpflichtung nach, die im bilateralen Quellensteuerabkommen festgehalten ist. Die Vorauszahlung garantiert Grossbritannien einen Mindestbetrag auf noch nicht versteuerten Vermögen von britischen Steuerpflichtigen in der Schweiz. (30.1.)
- **Zoll:** Die grenzüberschreitende Kriminalität, die illegale Migration und der organisierte Schmuggel haben die Eidg. Zollverwaltung (EZV) auch im vergangenen Jahr gefordert – in einigen Bereichen besonders. So hat das Grenzwachtkorps (GWK) 2012 deutlich mehr Personen mit rechtswidrigem Aufenthalt angehalten und mehr gefälschte Dokumente sichergestellt. Ein Spitzenwert ist bei den Einnahmen zu verbuchen: Mit 23,77 Milliarden Franken ist so viel Geld wie noch nie über die Zollverwaltung in die Bundeskasse geflossen. (5.2.)
- **Aussenhandel 2012:** Der schweizerische Aussenhandel vermochte dem schwierigen globalen Wirtschaftsumfeld im Jahr 2012 zu trotzen, stiegen doch Exporte und Importe leicht. Der Aussenhandel gewann allerdings erst in der zweiten Jahreshälfte an Fahrt. Das Exportplus stützte sich dabei auf nur drei Branchen und wurde ausserhalb Europas erzielt. Die Handelsbilanz schrieb einen neuen Rekord-Überschuss (24,4 Mrd. Fr.), der den letztjährigen um 860 Mio. Fr. übertraf. (5.2.)
- **FATCA:** Die Schweiz und die USA haben das FATCA-Abkommen unterzeichnet. Das Abkommen verhilft den schweizerischen Finanzinstituten zu Erleichterungen bei der Umsetzung der amerikanischen Steuergesetzgebung. (14.2.)

- **G20-Finanzministertreffen:** Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat am 15. und 16. Februar 2013 am Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 in Moskau teilgenommen, zu dem die Schweiz erstmals eingeladen war. Im Vordergrund des Treffens standen Massnahmen zur Überwindung der Finanzkrise, namentlich die Sanierung der öffentlichen Haushalte und die zur Ankurbelung des Wachstums notwendigen Strukturreformen. Die Schweiz unterstützt die von der russischen G20-Präsidentschaft diesbezüglich gemachten Vorschläge. Im Vorfeld des Treffens wurde Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf von Präsident Putin empfangen. Zudem nutzte sie die Gelegenheit für bilaterale Gespräche. (16.2.)
- **Arbeitsbesuch in Liechtenstein:** Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und der liechtensteinische Regierungschef Klaus Tschüscher trafen sich in Vaduz zu einem Arbeitsbesuch. Besprochen wurden Fragen der Finanzmarktregulierung sowie steuerliche Themen. (18.2.)
- **Exporte im Januar:** Das Jahr 2013 begann für die Mehrheit der Exportbranchen erfreulich, verzeichneten doch 7 der 9 wichtigsten Branchen im Januar gestiegene Ausfuhren. Dabei konnte namentlich in Nordamerika und in der EU mehr abgesetzt werden. Die Handelsbilanz schloss mit einem Überschuss von 2,1 Mrd. Fr. (21.2.)
- **Internationale Finanz- und Steuerfragen:** 2012 hat sich der weltweite Konkurrenzkampf um die besten wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen weiter verschärft. Dies fordert auch die Schweiz mit ihrer Finanzmarktpolitik heraus. Der jährlich vom Eidgenössischen Finanzdepartement erstellte Bericht über internationale Finanz- und Steuerfragen enthält einen Rück- und Ausblick über die Aktivitäten in den Bereichen Finanzmarktregulierung, Engagement in internationalen Finanzgremien und internationale Steuerpolitik. (25.2.)
- **Treffen der deutschsprachigen Finanzminister:** Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf nahm am Arbeitstreffen der deutschsprachigen Finanzminister in Berlin teil. Sie tauschte sich mit ihrer Amtskollegin Maria Fekter (Österreich) sowie ihren Amtskollegen Wolfgang Schäuble (Deutschland), Klaus Tschüscher (Liechtenstein) und Luc Frieden (Luxemburg) über aktuelle finanz- und fiskalpolitische Fragen aus. (13.3.)
- **IWF:** Der Internationale Währungsfonds (IWF) attestiert der Schweiz in seiner jüngsten Länderprüfung eine stabilitätsorientierte Finanz- und Geldpolitik. Im laufenden Jahr rechnet er nur mit einer leichten Zunahme des Wachstums. Risiken für die Schweiz ortet der Währungsfonds weiterhin in Entwicklungen in der Eurozone sowie in der Haushaltspolitik grosser Industriestaaten. Der IWF empfiehlt der SNB, den Mindestkurs von 1.20 Franken pro Euro beizubehalten. Er anerkennt die Fortschritte in der Finanzmarktregulierung und -aufsicht. Auch unterstützt der Währungsfonds die Massnahmen, die seit Mitte 2012 getroffen wurden, um den Risiken im Hypothekar- und Immobilienmarkt zu begegnen. (18.3.)
- **Aussenhandel:** Der schweizerische Aussenhandel rutschte im Februar 2013 in die Minuszone - dies wegen eines fehlenden Arbeitstages gegenüber dem Vorjahr. Bereinigt um diesen Effekt resultierte exportseitig ein leichtes Plus von 1 % und importseitig ein solches von 3 %. Die Handelsbilanz wies erneut einen hohen Überschuss von 2,1 Mrd. Fr. aus. (21.3.)
- **IWF-Exekutivdirektor:** Der Bundesrat hat Daniel Heller zum schweizerischen Exekutivdirektor beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington nominiert. Heller tritt per 1. Juli 2013 die Nachfolge von René Weber an, der Leiter der Abteilung Märkte im Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) wird. Zur definitiven Ernennung Hellers ist noch die Wahl durch die Gouverneure der von der Schweiz angeführten Stimmrechtsgruppe erforderlich. (27.3.)
- **Botschafter für Finanzmarktpolitik:** Der Bundesrat hat René Weber, künftiger Leiter der Abteilung Märkte im Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), zum Botschafter ernannt. Er nimmt seine Tätigkeit beim SIF am 1. Juli 2013 auf. (27.3.)

## Wichtige Verordnungen

- **Kollektivanlagengesetz:** Der Bundesrat hat an seiner heutigen Sitzung das revidierte Kollektivanlagengesetz und die revidierte Kollektivanlagenverordnung auf den 1. März 2013 in Kraft gesetzt. (13.2.)
- **Quellensteuer:** Künftig können Arbeitgebende die Quellensteuerabrechnungen bei den Kantonen elektronisch einreichen. Dadurch wird die Abwicklung des Quellensteuerverfahrens sowohl für die Arbeitgebenden als auch für die Steuerbehörden markant vereinfacht. Die Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, hat eine entsprechende Verordnungsänderung unterzeichnet, die auf Anfang 2014 in Kraft treten wird. (1.3.)

## Weitere EFD-Geschäfte

- **Unterstützungseinsatz „LITHOS“:** Am 31. Dezember 2012 endete der 16-jährige Unterstützungseinsatz „LITHOS“ von Angehörigen der Militärischen Sicherheit (Mil Sich) zu Gunsten des Grenzwachtkorps (GWK). Im Gegenzug hat der Bundesrat im Herbst 2011 eine Personalaufstockung von 24 Stellen für

das Grenzwachtkorps bewilligt. Die Armee unterstützt das GWK jedoch weiterhin mit Leistungen der Luftwaffe und der Logistik. (14.1.)

- **Steueramtshilfegesetz:** Am 16. Januar 2013 hat der Bundesrat beschlossen, das neue Steueramtshilfegesetz auf den 1. Februar 2013 in Kraft zu setzen. Das Referendum wurde nicht ergriffen. Neu sind damit auch Gruppensuchen gemäss internationalem Standard möglich. (18.1.)
- **Emissionsabgabe auf Eigenkapital:** Nachdem per 1. März 2012 bereits die Emissionsabgabe auf Fremdkapital abgeschafft wurde, will der Bundesrat nun auch auf jene beim Eigenkapital verzichten. Sie soll aber erst im Rahmen der Revision der Unternehmenssteuern (USTR III) eliminiert werden. In diesem Sinne bekräftigt der Bundesrat in seiner Stellungnahme zu einer Vorlage der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) seine bisherige Haltung. (23.1.)
- **MWST-Sondersatz für die Hotellerie:** Der Bundesrat befürwortet die Verlängerung des Sondersatzes der Mehrwertsteuer für Beherbergungsleistungen um weitere vier Jahre bis 2017. Dies verlangte eine parlamentarische Initiative der Wirtschafts- und Abgabenkommission des Nationalrates (WAK-N). Der 1996 eingeführte Sondersatz für die Hotellerie wurde insgesamt bereits viermal verlängert, letztmals bei der Totalrevision des Mehrwertsteuergesetzes, und gilt aktuell bis Ende 2013. (23.1.)
- **Bier-, Spirituosen- und Tabaksteuer:** Im Zuge der Totalrevision des Alkoholgesetzes ist geplant, die Eidgenössische Alkoholverwaltung (EAV) in die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) zu integrieren. Dabei sollen der Vollzug der Spirituosen-, Bier- und Tabaksteuer sowie die Regulierung des Alkoholhandels künftig in einer einzigen Organisationseinheit zusammengefasst werden. Dieser Entscheid des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) wird indessen erst nach Inkrafttreten der revidierten Alkoholgesetzgebung umgesetzt. (24.1.)
- **PUBLICA:** Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA erzielte im Geschäftsjahr 2012 auf ihrem Anlagekapital eine Performance von 7.94%. Ausschlaggebend für dieses gute Ergebnis waren insbesondere die Aktien und Unternehmensanleihen. Der durchschnittliche Deckungsgrad aller Vorsorgewerke von PUBLICA konnte auf rund 105% erhöht werden. (7.2.)
- **Massnahmen gegen die Überhitzung auf dem Immobilienmarkt:** Der Bundesrat geht gegen einen übermässigen Anstieg der Preise auf den Immobilienmärkten und eine zu starke Hypothekarverschuldung vor. Er hat beschlossen, dem Antrag der SNB stattzugeben und den antizyklischen Kapitalpuffer teilweise zu aktivieren. Danach werden die Banken ab dem 30. September 2013 verpflichtet, zusätzliche Eigenmittel für Wohnbauhypotheken zu halten. (13.2.)
- **Neue personalpolitische Sollwerte und Indikatoren:** Der Bundesrat hat die Sollwerte für die Vertretung der Landessprachen in der Bundesverwaltung aktualisiert. Gleichzeitig hat er festgelegt, mit welchen Indikatoren er die längerfristige Bindung der Mitarbeitenden an den Arbeitgeber sowie die Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit der Personalinformation und mit der Führung beurteilen will. Die neuen Sollwerte und Indikatoren sind Bestandteile der Personalstrategie Bundesverwaltung 2011–2015. (13.2.)
- **Solar Impulse:** Der Bundesrat hat beschlossen, dem Engagement der Schweiz für das Projekt Solar Impulse eine verbindliche Form zu geben. Unter der Federführung von Präsenz Schweiz wird der Bund in enger Zusammenarbeit mit den anderen betroffenen Departementen und Ämtern Partnerschaftsverträge abschliessen, welche die Einzelheiten der Unterstützung durch die Bundesbehörden regeln. Die bisherigen Leistungen des Bundes kann Solar Impulse bis Ende 2015 weiter in Anspruch nehmen. Im Gegenzug wird Solar Impulse der Schweiz in ihrer Öffentlichkeitsarbeit einen höheren Stellenwert einräumen. (13.2.)
- **Finanzdienstleistungsgesetz:** Die Steuerungsgruppe des Projekts "Finanzdienstleistungsgesetz" veröffentlichte ihren Hearingbericht. Dieser zeigt die möglichen Stossrichtungen des geplanten Regulierungsvorhabens auf. (18.2.)
- **Spirituosenmarkt:** Der Schweizer Spirituosenmarkt ist, wie die Zahlen 2012 bestätigen, seit über zehn Jahren stabil. Die Entwicklung der Inlandproduktion folgt den Obsternten, die einmal besser, einmal schlechter ausfallen. 2011/2012 betrug die einheimische Produktion 19'889 Hektoliter reinen Alkohol. Die Importe blieben mit 88'664 Hektoliter reinem Alkohol auf konstant hohem Niveau. Sie erreichten 2012 einen Marktanteil von 82 Prozent, gegenüber der einheimischen Produktion mit 18 Prozent. Auch der Pro-Kopf-Konsum von Spirituosen blieb stabil bei 1,6 Liter reinem Alkohol. Die Ethanolverkäufe beliefen sich wie im Vorjahr auf 38 Millionen Kilogramm. (19.2.)
- **Aufwandbesteuerung:** Die Verschärfung der Aufwandbesteuerung tritt im Steuerharmonisierungsgesetz (StHG) am 1. Januar 2014 in Kraft. Danach bleibt den Kantonen zwei Jahre zur Anpassung des kantonalen Rechts. Ab 1. Januar 2016 gelten die neuen Bestimmungen auch bei der direkten Bundessteuer. Dieses vom Bundesrat heute beschlossene gestaffelte Inkrafttreten ermöglicht, dass die Verschärfung der Aufwandbesteuerung für in der Schweiz domizilierte Ausländer gleichzeitig bei der direkten Bundessteuer und bei den kantonalen Steuern Anwendung findet. (20.2.)
- **Besondere Personalkategorien:** Der Bundesrat hat eine neue Pensionierungslösung für die Mitarbeitenden der besonderen Personalkategorien der Bundesverwaltung beschlossen. Damit anerkennt er einerseits, dass es für bestimmte Funktionen in der Bundesverwaltung weiterhin eine Sonderlösung braucht. Andererseits kann der Bundeshaushalt entlastet werden. (20.2.)
- **PUBLICA:** Die langjährige Leiterin des Asset Managements und Stv. Direktorin, Susanne Hauray von Siebenthal, verlässt PUBLICA per 30. Juni 2013 und wendet sich neuen Aufgaben zu. (26.2.)
- **Neubau Verwaltungsgebäude:** Für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes an der Pulverstrasse 11 in Ittigen hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) einen Projektwettbewerb durchgeführt. Das Siegerprojekt kommt aus Zürich. Eine Ausstellung präsentiert in den nächsten zwei Wochen die 32 eingereichten Wettbewerbsentwürfe. (27.2.)

- **Stiftungsrecht:** Der Bundesrat will auf eine Revision des Stiftungsrechts und der Stiftungsaufsicht verzichten. Zu diesem Schluss kommt er in zwei Berichten, die er verabschiedet hat. Eine vertiefte Prüfung hat ergeben, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Änderungen notwendig sind. Er beantragt deshalb dem Parlament, eine entsprechende Motion abzuschreiben. (27.2.)
- **Treffen mit EFD-Lernenden:** Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat 57 Lernende des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) im „Bernerhof“ empfangen. Das offene und interessante Gespräch über die Arbeit der Bundesrätin in der Landesregierung und den Alltag der Lernenden in der Bundesverwaltung wurde von allen sehr geschätzt. (27.2.)
- **Bundesamt für Raumentwicklung:** Der Neubau für das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) in Ittigen ist bezugsbereit. Ende Februar sind die letzten Arbeiten beendet worden. Zurzeit ist der Umzug des Amtes in Gang, der noch bis Mitte März dauert. (6.3.)
- **Aufwandbesteuerung:** Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative zur Abschaffung der Aufwandbesteuerung ab. Er hat das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt, eine entsprechende Botschaft auszuarbeiten. Der Bundesrat weist in seiner Begründung insbesondere auf den Beschluss von National- und Ständerat vom Herbst 2012 zur Verschärfung der Aufwandbesteuerung hin. Die Abschaffung der Aufwandbesteuerung würde von diesem Beschluss abweichen. (8.3.)
- **Neuer Stellvertretender Direktor des BIT:** Der Bundesrat hat Vizedirektor Markus Hänkli zum neuen Stellvertretenden Direktor des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation (BIT) ernannt. Dieser tritt per 1. April 2013 an die Stelle von Peter Weiss, der eine andere höhere Führungsaufgabe im BIT übernehmen wird. (15.3.)
- **Bundespersonalpolitik:** Im Jahr 2012 haben sich viele personalpolitische Kennzahlen deutlich verbessert. Das zeigt das Reporting über das Personalmanagement der Bundesverwaltung, von dem der Bundesrat Kenntnis genommen hat. Mehrere Kennzahlen haben die Sollwerte und Indikatoren bereits erreicht. Die Anstrengungen der Departemente und Bundesämter haben sich gelohnt. (15.3.)
- **PUBLICA:** Der Bundesrat will die Auswirkungen der auf den 1. Januar 2015 fällig werdenden Senkung des technischen Zinssatzes bei PUBLICA dämpfen. Er hat deshalb entsprechende Empfehlungen verabschiedet. Diese Empfehlungen sollen für die paritätischen Organe die Leitplanken bilden, um flankierende Massnahmen auszuarbeiten. (15.3.)
- **Grundlagenbericht Rohstoffe:** Der unter Leitung von drei Departementen (EDA, EFD, WBF) erstellte Grundlagenbericht Rohstoffe unterstreicht die volkswirtschaftliche Bedeutung der Rohstoffbranche für die Schweiz. Der Bericht zeigt auch, dass die Schweiz bereits viel zur Gewährleistung eines sowohl wettbewerbsfähigen als auch integrierten Wirtschaftsstandorts einschliesslich Rohwarenhandel unternimmt. Mit gezielten Empfehlungen sollen die Rahmenbedingungen weiter verbessert und bestehende Risiken – einschliesslich Reputationsrisiken – reduziert werden. (27.3.)
- **IKT-Schlüsselprojekte:** Der Bundesrat hat Weisungen für IKT-Schlüsselprojekte in der Bundesverwaltung verabschiedet und auf den 1. April 2013 in Kraft gesetzt. Mit einem verstärkten Prüfprozess der IKT-Schlüsselprojekte durch die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) werden die Verantwortlichen in ihrer Kontrollaufgabe unterstützt und die Transparenz erhöht. (27.3.)
- **Aus- und Weiterbildung des Bundespersonals:** Bedeutung und Volumen der Aus- und Weiterbildung der Bundesangestellten nehmen zu. Viele Schulungsthemen stehen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Personalstrategie der Bundesverwaltung 2011-2015. Die Aufträge für die Aus- und Weiterbildung werden in Zukunft vermehrt öffentlich ausgeschrieben. (28.3.)